Die PARTEI und die UWG präsentieren
Die FRAKTION
in der 15. Landschaftsversammlung Rheinland

Antrag Nr. 15/64

öffentlich

Datum: 30.08.2022
Antragsteller: Die FRAKTION

Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	**12.09.2022**	**empfehlender Beschluss**
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	**16.09.2022**	**empfehlender Beschluss**
Landschaftsausschuss	**21.09.2022**	**Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Antrag: Kölschumlage für LVR-Mitarbeiter*innenfeste

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Bei Feierlichkeiten für Mitarbeiter*innen darf das Bier in den nächsten 5 Jahren nicht teurer als 1,50€/0,2l werden.
2. Der festgelegte Bierpreis von 1,50€/0,2l gilt für alle Mitarbeiter*innen, unabhängig von ihrer Gefahr in die Insolvenz zu rutschen.
3. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten für den LVR sollen über eine von den Fraktionsmitteln abzuziehende Kölschumlage finanziert werden.
4. Die Höhe der Kölschumlage soll sich prozentual an der Höhe der jeweiligen Fraktionsmittel orientieren.
5. Diese Regelungen betrifft alle vom LVR durchgeführten Feste für Mitarbeiter*innen an allen Liegenschaften, unabhängig der lokal ausgeschenkten Biersorte.

Ergebnis:

Beschlussvorschlag abgelehnt

Begründung:

Trotz engagierter Servicekräfte wie Frau Lubek, wurde die Stimmung beim diesjährigen Mitarbeiter*innenfest durch die stark gestiegenen Kölschpreise getrübt. Trotz mehrerer Sponsor*innen stieg der Kölschpreis auf 2€/0,2l.

Ein Preis, der gerade für die hart arbeitende (aber nicht so hart bezahlte) Mitte nur schwer zu stemmen ist!

Mithilfe der Kölschumlage soll eine stabile Bierversorgung aller Mitarbeiter*innen bei Feierlichkeiten sichergestellt werden, trotz derzeit stark steigender Lebenshaltungskosten.

Natürlich darf eine solche Rettungsmaßnahme nicht nur den Mitarbeiter*innen zukommen, die akut von einer drohenden Insolvenz betroffen sind. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass Mitarbeiter*innen auch Gewinne machen müssen, um sich breiter aufzustellen. Nur durch humane Kölschpreise können wir Mitarbeiter*innen jeder Einkommensschicht unabhängiger von russischem Vodka machen.
Eine Finanzierung über die Fraktionen erscheint uns als sehr faire Lösung, da die Fraktionsmittel (im Gegensatz zu den finanziellen Mitteln der Mitarbeiter*innen) krisensicher erhöht werden.

Aaron von Kruedener